verliehen

»Brahms-Preis« an **Bach-Chor**

WESSELBUREN/FLENS-BURG. Der mit 10.000 Euro dotierte »Brahms-Preis 2013« ist an Kirchenmusikdirektor Matthias Janz und den Flensburger Bach-Chor verliehen worden. Mit der Preisübergabe am Freitag in Wesselburen Dithmarschen) (Kreis würdigte die Brahms-Gesellschaft Schleswig-Holstein, dass Künstler seit mehr als 30 Jahren in kontinuierlicher Folge Brahms-Requiem aufführen. Die Darbietungen würden von tausenden Zuhörern als authentische und eindringlichste Erlebnisse höchster Interpretationskunst gerühmt, begründete die Brahms-Gesellschaft ihre Entscheidung.

In einem Grußwort für die Landesregierung dankte Kulturministerin Spoorendonk (SSW) der Brahms-Gesellschaft für ihr Engagement. »Sie haben mit dem Erhalt des Hauses der Familie Brahms in Heide, der Ausstellung im Hause selbst sowie den alljährlichen musikalischen Brahms-Wochen ein kulturelles Kleinod an der Westküste geschaffen, das viele Menschen und Musikfreunde unseres Landes und weit darüber hinaus begeistert«, sagte sie.

Kulturpolitik ohne Visionen kritisiert

Landtag. In Kiel stritten Opposition und Regierung darüber. wie die Theaterlandschaft im Norden erhalten werden kann.

KIEL. Die Opposition im Kieler Landtag hat Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) Allgemeinplätze statt konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Theater vorgehalten. »Sie haben Hoffnungen geweckt, ohne Perspektiven der Umsetzung aufzuzeigen«, sagte der CDU-Abgeordnete Peter Sönnichsen am Freitag. Auch Abgeordnete von FDP und der Piratenpartei warfen Spoorendonk fehlende oder unzureichende Vorschläge vor.

Die Minsterin stellte Berichte der Landesregierung ȟber die Sicherung der schleswigholsteinischen Theater und ihrer Standorte« sowie »über die Entwicklung der schleswigholsteinischen Kulturförderung« vor. Die Berichte wurden in Parlamentsausschüsse überwiesen. Spoorendonk betonte, sie setze auf eine Kulturpolitik im Konsens.

Die angestrebte Anhebung der Finanzausgleich (FAG)-Mittel für die drei öffentlichen Theater - Kiel, Lübeck und Landestheater - um 1,5 Prozent von 2014 bis 2018 sei völlig unzureichend, kritisierte die Opposition. Spoorendonk und Abgeordnete der Regierungsfraktionen betonten, zumindest würden die Theater Planungssicherheit haben. Der Piratenabgeordnete Krumbeck regte an, dass ein externes Gutachten zu einer möglichen Neustrukturierung der öffentlichen Theater eingeholt werden sollte.

Noch ist über die Dynamisierung der FAG-Mittel nicht entschieden, da die Kommunen das Geld durch Umschichtungen zur Verfügung stellen müssen und dies auch im Landeshaushalt 2014 beschlossen werden muss. Dann stünden insgesamt 37,2 Millionen Euro zur Verfügung. Seit 2007 sind die FAG-Mittel auf dem damaligen Stand eingefroren. Wäre die bis dahin übliche dreiprozentige Dynamisierung fortgeschrieben worden, hätten

die Theater rund acht Millionen Euro mehr.

Schleswig spielt zentrale Rolle

Die Zukunft des Landestheaters in Schleswig spielte in der Debatte ein zentrale Rolle. Das alte Theater wurde wegen Einsturzgefahr 2011 geschlossen. Zurzeit wird in Ausweichspielstätten gespielt, unter anderem im Slesvighus - mit teils massiven Einbrüchen bei den Zuschauerzahlen. Jetzt hat das Land die Immobilie Hesterberg zur Verfügung gestellt, die für 16,5 Millionen Euro um- und ausgebaut werden müsste. Zur Finanzierung kam am Donnerstag erstmals eine Geberkonferenz zusammen (siehe dazu Seite 13).

»Es wurden konkrete Schritte vereinbart, wie in gemeinsamer Verantwortung die Finanzierung sichergestellt werden kann«, sagte Spoorendonk. Dagegen meinte Sönnnichsen: »Null Prozent finanzielle Zusagen.«

Die FDP-Abgeordnete Anita Klahn warnte davor, dass die Stadt Schleswig am Ende vor einem unlösbaren finanziellen Problem stehe. (dpa)

FOTO: CARSTEN REHDER/DPA



Die schleswig-holsteinische Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW, I.) und Bildungsministerin Waltraud »Wara« Wende (parteilos) am Mittwoch vor der Landttagsitzung in Kiel. Am Freitag sahen sich beide Politikerinnen heftigen Angriffen von der Opposition (Spoorendonk) und dem Philologenverband (Wende) ausgesetzt.

Attacke auf Bildungsministerin

Bildung. Dicke Luft zwischen Lehrern und Ministerin. Der Philologenverband greift Ressortchefin Wende scharf an. Sie wolle das Gymnasium isolieren. Die Ministerin widerspricht.

KIEL. Die Lehrer an den Gymnasien in Schleswig-Holstein sind erbost über Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos). »Man braucht nicht viel psychologisches Sprachverständnis, um die Äußerungen von Frau Wende als eindeutige Kampfansage gegen die Gymnasien und gegen alle dort arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer zu verstehen«, sagte der Landesvorsitzende des Philologenverbandes, Helmut Siegmon, am Freitag in Kiel. Bei der Vorstellung des Entwurfs für ein neues Schulgesetz hat-

te Wende erklärt, die Gymnasien setzten auf »frühzeitige Selektion« der Schüler. »Der Rückfall der Ministerin in die antigymnasiale Selektionsrhetorik ist unerträglich und verletzend«, kommentierte Sieg-

Wenn Wende frühe Selektion als entscheidendes Wesensmerkmal der Gymnasien darstelle, verleugne sie deren ge-Bildungsauftrag setzlichen und verunglimpfe die Lehrer. Siegmon rügte, dass die Ministerin pauschal Kooperationen von Gemeinschaftsschulen mit Gymnasien für unerwünscht erklärt habe, weil angeblich die didaktisch-pädagogischen Konzepte unvereinbar seien. »Das ungeliebte Gymnasium soll isoliert werden.« An keiner Stelle des Gesetzentwurfes sei eine entschiedene Stärkung und eindeutige Wertschätzung der Gymnasien zu erkennen. »Der Unmut und die Empörung in den Kollegien ist angesichts der Serie der destruktiv wirkenden verbalen Fehltritte der Ministerin und

angesichts der politischen Rigorosität unüberhörbar und wird sich nicht mehr eindämmen lassen.«

Zwei »starke« Schularten

Die Bildungsministerin wies die Kritik des Philologenverbandes zurück. Das neue Schulgesetz wolle ausdrücklich die Zweigliedrigkeit aus starken Gemeinschaftsschulen und starken Gymnasien. »Die Betonung liegt bei beiden Schularten auf »stark««, erklärte Wende. »Beide Schulen haben ihre pädagogische Qualität und stehen auch in meiner Wertschätzung gleichberechtigt nebeneinander.«

Im Übrigen wolle auch sie, dass Schüler von Gemeinschaftsschulen die Möglichkeit haben, in eine Oberstufe eines Gymnasiums zu wechseln. »Aber organisatorische Verbindungen zwischen beiden Schulen im Sinne der Bildung einer Schule sieht das neue Schulgesetz nicht vor.«



Das Firmenschild am Eingang zum Verwaltungsbebäude der HSH Nordbank in Kiel.

FDP fordert von Nordbank Verzicht auf Geschäfte in Steueroasen

Finanzen. Soll die HSH Nordbank Geschäfte in Steueroasen tätigen? Diese Frage erhitzte am Freitag im Kieler Landtag die Gemüter. Die FDP forderte den Verzicht entsprechender Geschäfte. Darüber soll nun im zuständigen Ausschuss weiter beraten werden.

KIEL. Über die Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank in sogenannten Steueroasen hat es am Freitag im Kieler Landtag einen hitzigen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition gegeben. Auslöser war ein Antrag der oppositionellen FDP, wonach die Landesbank von Schleswig-Holstein und Hamburg ihre Tochterunternehmen in Steueroasen schließen und auch keine Geschäfte mehr mit Partnern in diesen Ländern ma-

Von einem »eindeutigen politischen Signal« sprach der Parlamentarische Geschäftsführer Heiner Garg. In dem schließlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Piraten in den Ausschuss überwiesenen Antrag heißt es wörtlich: »Es ist wichtig, dass gerade eine Bank im Besitz öffentlicher Anteilseigner Vorbild ist und von Geschäften mit oder in Steueroasen Abstand nimmt.«

Vorher hatte es allerdings eine Sitzungsunterbrechung gegeben. Auslöser war ein Antrag Gargs, namentlich über den FDP-Antrag abzustimmen. Zunächst drohte die FDP zudem sogar mit dem Aussetzen des Pairing-Abkommens mit der SPD. Dies sieht vor, dass bei Abwesenheit von Abgeordneten auch Parlamentarier der jeweils anderen Fraktion nicht mitstimmen. Weil drei SPD-Abgeordnete nicht an der Sitzung teilnahmen, hätte die Koalition keine eigene Parlamentsmehrheit gehabt.

Monika Finanzministerin Heinold (Grüne) sagte, dass sich die Bank mit der Neuausrichtung ihres Geschäftsmodells zunehmend aus den Offshore-Regionen zurückziehen müsse. »Es muss das Ziel

sein, dass die Bank ihre Aktivitäten in Steueroasen weiter konsequent reduziert.« Ein umgehendes Ende des verbleibenden Geschäfts würde laut Bank jedoch dazu führen, »dass sie Kapital verliert, welches sie dringend braucht und zur Zeit nicht anders ersetzen kann«.

Elf Tochterfirmen in Steueroasen

Garg betonte, die Bank habe aktuell elf Tochterfirmen in Steueroasen. »Jeder von uns weiß, dass der Zweck dieser Gesellschaften darin liegt, für die Klienten der HSH Nordbank Steuervorteile zu erzielen.« Die Bank habe keinen Grund genannt, warum diese Geschäfte nicht auch von Kiel oder Hamburg aus getätigt werden könnten.

Der CDU-Finanzpolitiker Tobias Koch warf der SPD und insbesondere deren Fraktionschef Ralf Stegner Doppelmoral vor. Die Gesellschaften der Bank auf den Cayman Islands verdankten ihre Existenz der Zustimmung des damaligen **HSH-Aufsichtsrats** Stegner, sagte Koch.

Der Tenor der Regierungsfraktionen lautet, dass das Thema Steueroasen nur auf internationaler Ebene geregelt werden könne. Ihre Partei wolle Steueroasen mindestens europaweit trockenlegen, sagte die SPD-Abgeordnete Raudies. Die HSH Nordbank verstoße zwar nicht gegen geltendes Recht. »Dennoch ist nicht alles, was legal ist, auch in unserem Sinne.«

Der Grünen-Abgeordnete Rasmus Andresen bezeichnete es als fragwürdig, warum die FDP bei der HSH andere Maßstäbe anlegen wolle als bei privaten Kreditinstituten. Viele der problematischen Engagements in Steueroasen würden bereits abgebaut. Notwendig seien strengere Regeln zum Bankengeschäft im Aus-

SSW-Fraktionschef Harms betonte, »ein sofortiges Verbot von solchen Geschäftsbeziehungen wäre für die HSH Nordbank nicht unbedingt vorteilhaft«. Es mache zudem wenig Sinn, von nur einer Bank den Verzicht auf Geschäfte in Steueroasen zu fordern.

Auch die Piraten drängen auf eine europäische Lösung. Solange diese Geschäfte legitim seien, würden Banken sie tätigen, sagte Fraktionschef Torge Schmidt.

Kurse

Frankfurter Börse

Bayer 82	,89 (- 0,78)
Beiersdorf 69	
BMW 73	
	.08 (+ 0.05)
Continental 101	65 (+ 0,15)
Daimler 49	
Deutsche Bank 36	.08 (- 0,10)
Deutsche Börse 49	79 (+ 1,06)
Deutsche Post 19	,56 (- 0,36)
	,84 (- 0,18)
E.ON AG 13	
Fresenius Med 52	
Fresenius 91	
Heidelberg Cement 58	
Henkel 74	
	,55 (- 0,06)
Kali + Salz 32,	
Lanxess 57,	
Linde 148	
Lufthansa	
MERCK122	
Münchener Rück 144	
RWE 26	
SAP 58	
Siemens	
Thyssen Krupp 15	,
VW168	,95 (+ 0,80)
DAX 8.348	.84 (- 51,36)
MDAX14.093	
TecDAX 964	
CDAX 743	16 (- 4,06)

Valutakurser Gårsdagens middelkurser: US-dollar Pund sterling.... Svenske kroner ... Norske kroner Islandske kroner Schweiziske francs... 600,98 554,99 5,7145 Canadiske dollar.. Japanske yen.. Australske dollar 550.64 Newzealand. dollar ...

Euro FX Referenzkurse der öffentlichen Banken und Sparkassen (Quelle Reuters):

USA	1,2992
Japan	130,56
England	0,8542
Schweiz	1,2398
Kanada	1,3436
Schweden	8,5886
Norwegen	7,6281
Dänemark	7,4551